



Berlin aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

Berlin, 01.12.2014

Sabine Dittmar, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-71810
Fax: +49 30 227-76811
sabine.dittmar@bundestag.de
www.sabine-dittmar.com

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Telefon: +49 971-6994949
Fax: +49 971-6994950
kontakt@sabine-dittmar.com

FOTO DER WOCHE	Seite 2
TOP-THEMA	Seite 2
GENERALDEBATTE	Seite 5
GLEICHSTELLUNG	Seite 7
FRACKING	Seite 8

nun ist er beschlossen, der Bundeshaushalt 2015. Seit vielen Wochen geistert „Die schwarze Null“ durch sämtliche Medien und Talk-Shows. Mal wird die Bundesregierung für den Haushalt gelobt, mal wird sie kritisiert, manchmal wird versucht, die Anstrengungen ins Lächerliche zu ziehen und als unaufrichtig darzustellen. Tatsächlich ist es so, dass nach 46 Jahren erstmals wieder ein ausgeglichener Haushalt beschlossen wurde. Und tatsächlich ist es so, dass ein sozialdemokratischer Finanzminister –nämlich Peer Steinbrück- mit der Einführung der im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse die Grundlagen für den nun beschlossenen Haushalt gelegt hat.

Sowohl innerhalb der Großen Koalition als auch innerhalb der SPD-Fraktion wurde der Haushaltsentwurf kontrovers und ausführlich diskutiert. Ein Argument für die erneute Aufnahme von Krediten und für verstärkte Investitionen des Staates ist natürlich die aktuell niedrige Zinslage.

Doch hier kamen uns allen die aktuell starken Steuereinnahmen entgegen, so ergaben sich Handlungsspielräume und Investitionsmöglichkeiten für die Zukunft und wir waren in der Lage, ein Investitionsprogramm über 10 Milliarden Euro bis 2018 auf den Weg zu bringen, ohne dass der ausgeglichene Haushalt 2015 gefährdet wird. Die Ausgaben für Bildung und Forschung werden zudem in einem überdurchschnittlichen Maße erhöht. Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden soll dabei keine einmalige Angelegenheit sein, sondern der Anspruch für die kommenden Jahre.

Ihre

Sabine Dittmar, MdB



FOTO DER WOCHE



Am letzten Donnerstag, 27. November, besuchte ich das Gesundheitszentrum POLIKUM am Fennpfuhl in Berlin Lichtenberg. Das Zentrum ist eines der größten Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Berlin. Stefano Wulf, Geschäftsführer der POLIKUM-Gruppe, und Dr. Karen Faist, Fachärztin für Allgemeinmedizin und Leiterin des POLIKUM-Standorts, stellten das Zentrum und ihre Arbeit vor. In diesem MVZ arbeiten mehr als 40 Ärzte in unterschiedlichen medizinischen Fachrichtungen unter einem Dach.

TOP-THEMA

Bundshaushalt 2015: Gelungener Kraftakt

Diese Woche hat der Deutsche Bundestag erstmals seit 46 Jahren einen ausgeglichenen Bundeshaushalt beschlossen. Darauf ist die SPD-Bundestagsfraktion stolz. Denn in ihrer Regierungsverantwortung haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Grundstein dafür gelegt: mit der Föderalismuskommission II. Dort wurde vereinbart, eine Schuldenregel ins Grundgesetz aufzunehmen (Schuldenbremse).

An diesem Dienstag eröffnete das Parlament die Haushaltswoche mit der allgemeinen Finanzdebatte zum Haushalt 2015. Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs sagte im Plenum: "Es ist nicht einfach, einfach mal keine neuen Schulden zu machen – obwohl das eigentlich selbstverständlich ist". Umso mehr dürfe man sich jetzt auch parteiübergreifend freuen, dass dieser Kraftakt gelungen ist.

Kahrs erinnerte aber auch daran, dass die Lage sicher wieder schwieriger wird, wenn die Zinsen steigen. „Dann wird das Sparen sehr hart“. Der Bundshaushalt 2015 zeige, so Kahrs, dass „man keine neuen Schulden machen kann und trotzdem gute, gerechte“ Zustände hinbekomme.

Ein ausgeglichener Haushalt ist kein Selbstzweck für Sozialdemokraten, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit für nachfolgende Generationen.

Durch starke öffentliche Finanzen ergeben sich Handlungsspielräume und Investitionsmöglichkeiten für die Zukunft. Den Beweis hat die Koalition geliefert: ein Zehn-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm bis 2018, ohne dass der ausgeglichene Haushalt 2015 gefährdet wird. Außerdem hat noch keine Regierung zuvor die Ausgaben für Bildung und Forschung so erhöht wie diese Große Koalition.



Mehr Investitionen in Deutschland nötig

Der stellvertretende Fraktionschef Carsten Schneider gab zu, dass er sich noch 2009 nicht hätte vorstellen können, nun einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen. Dass das jetzt möglich ist, liege unter anderem an der guten Steuerbasis, aber auch an höheren Löhnen und geringeren Sozialausgaben. Und natürlich am niedrigen Zinsniveau. Schneider streifte in seiner Rede auch die europäischen Verträge und erinnerte an die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der Länder, die sich wieder annähern müssten.

Auch in Deutschland müsse noch mehr getan werden. Die Investitionen etwa seien zu gering, Deutschland brauche eine „exzellente Infrastruktur, gerade als Transitland“. Das gelte auch für die Energieversorgung.

Über die Verwendung der zusätzlichen 10 Milliarden Euro wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen entscheiden. Die SPD-Bundestagsfraktion plädiert dafür, das Geld unter anderem für die Gebäudesanierung zu verwenden und um die Kommunen zu entlasten.

Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden soll keine einmalige Angelegenheit sein, sondern der Anspruch für die kommenden Jahre. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Deutschland auch in den nächsten Haushaltsjahren ohne neue Schulden auskommen kann.

So sieht der Bundeshaushalt 2015 aus

Der Bund soll 2015 keine neuen Schulden machen. Das hat der Bundestag in dieser Haushaltswoche beschlossen. Auch im Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drs. 18/2001, 18/2002, 18/2826) zum Haushalt 2015 waren keine neuen Kredite eingeplant. Damit zum ersten Mal seit 1969 ein ausgeglichener Haushalt beschlossen.

Die Gesamtausgaben wurden für das kommende Jahr auf 299,1 Milliarden Euro festgelegt. Das sind 400 Millionen Euro weniger als von der Regierung ursprünglich vorgesehen. Im laufenden Jahr betragen die Ausgaben 296,5 Milliarden Euro. Für Investitionen stehen 26,45 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 364 Millionen Euro mehr als die Regierung eingeplant hatte. Das angekündigte Investitionspaket von insgesamt 10 Milliarden Euro soll von 2016 an umgesetzt werden.

Die Einnahmen aus Steuern sollen im kommenden Jahr 277,48 Milliarden Euro betragen. Das sind 1,06 Milliarden Euro weniger als die Regierung vorgesehen hatte.

Mit dem Haushalt ohne neue Schulden stoppt die Koalition das Anwachsen des Schuldenberges und durchbricht die Schuldenspirale, was in der Vergangenheit selbst in konjunkturell guten Zeiten nie gelungen ist. Damit wird ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik verwirklicht.

Die Grundlage hatten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon in der letzten Großen Koalition gelegt, als Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) und der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck als Co-Vorsitzender der Föderalismuskommission II dafür gesorgt haben, dass eine neue Schuldenregel im Grundgesetz verankert wird (Schuldenbremse).

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs betont: „Der Regierungsentwurf lieferte eine gute Grundlage für die parlamentarischen Haushaltsberatungen. Denn er



enthielt nicht nur den historischen Verzicht auf weiteres Schuldenmachen, sondern zeigte, dass gute Haushaltspolitik nicht nur Sparen bedeutet, sondern auch Gestaltung.“

Gegenüber dem Haushaltsentwurf des Bundesfinanzministers haben sich wie bereits beim Haushalt 2014 in den Monaten dazwischen verschiedene Mehrbelastungen ergeben, auf die das Parlament reagieren musste:

- Der langsamere Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit
- Geringere Steuereinnahmen als zunächst angenommen
- Mehr Ausgaben für den Kampf gegen Ebola und internationale Krisen
- Mehr Mittel für das gut laufende Elterngeld

Um trotzdem zu einem Haushalt ohne neue Schulden zu kommen, wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Der bisherige Jahresverlauf zeigt, dass die Zinsausgaben noch einmal gesunken sind. Deshalb konnten die Ansätze dafür noch einmal um 1,2 Mrd. Euro abgesenkt werden.
- Durch die für 2015 geplante Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung sinkt der Bundeszuschuss zur Rente um rund 500 Millionen Euro. Auch der Zuschuss zur Postbeamtenversorgung ist im nächsten Jahr über 500 Millionen geringer als bisher geplant.
- Einen Sondereffekt gibt es bei den Abführungen an den EU-Haushalt: Während beispielsweise Großbritannien nachzahlen muss, erhält Deutschland 2015 eine Rückzahlung von 2,1 Milliarden Euro.

In den Haushaltsberatungen ist es nicht nur gelungen, Mehrbelastungen auszugleichen, sondern auch zusätzliche markante Impulse zu setzen:

- Für verschiedene Projekte in der Kultur gibt es rund 100 Millionen Euro mehr.
- Für den Hochwasserschutz stellt der Bundestag 20 Millionen Euro bereit.
- Für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie stellen die Abgeordneten 10 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung – gegen Islamismus, Salafismus und Antisemitismus.
- Die Mittel für die Migrationsberatung werden um 8 Millionen Euro erhöht.
- Der Verbraucherschutz wird mit 2 Millionen Euro gestärkt.
- Mit 20 Millionen Euro verbessert das Parlament die Ausrüstung der Bundespolizei.
- Für das Technische Hilfswerk und die Feuerwehren stehen fast 10 Millionen Euro zusätzlich bereit.
- Goethe-Institut und DAAD erhalten für ihre wichtige Arbeit 20 Millionen Euro mehr, die Bundeszentrale für Politische Bildung erhält zusätzlich 5 Millionen Euro.
- Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der östlichen Partnerschaft (Ukraine, Moldau, Georgien, Belarus, Armenien und Aserbaidschan) fördert der Bundestag mit 10 Millionen Euro.
- Die Mittel für den Sport werden um 15 Millionen Euro erhöht.
- Den Umweltschutz durch Rußpartikelfilter fördern die Parlamentarier mit 30 Millionen Euro.
- Für alternative Antriebstoffe insbesondere von Schiffen werden 7,5 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.



GENERALDEBATTE

Starkes Signal für die Frauen

Die Große Koalition hat in einem Jahr mehr auf den Weg gebracht, als die schwarze-gelbe Regierung zuvor in vier Jahren. Ob Mindestlohn, Rente mit 63, Mütterrente, Energiewende, Mietpreisbremse, Breitbandausbau oder ein ausgeglichener Bundeshaushalt – fast im Monatstakt hat die Koalition Beschlüsse gefasst, die Deutschland zukunftsfit, moderner und gerechter machen. Nun hat der Koalitionsausschuss noch einmal bekräftigt, dass auch die Frauenquote kommen wird, eines der wichtigsten Anliegen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Das ist eine historische Zäsur.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann eröffnete darum auch seine Rede zur Generalausprache im Bundestag mit der Frauenquote: „Damit wird die Gleichberechtigung in den Vorstandsetagen und Aufsichtsräten der Unternehmen einen gewaltigen Sprung nach vorne machen. Das ist ein starkes Signal für die vielen qualifizierten Frauen in unserem Land“, sagte Oppermann am Mittwochmorgen im Plenum.

Die Koalition hatte sich am Dienstagabend darauf geeinigt, die Frauenquote verbindlich für alle börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen einzuführen. Weitere 3500 Unternehmen werden sich selbst eine verbindliche Quote setzen, um ihren Frauenanteil zu erhöhen. Am 11. Dezember soll die Quote im Kabinett beschlossen werden.

Oppermann stellte klar: „Frauen sind keine Belastung für die Wirtschaft – sie sind eine Bereicherung und eine Notwendigkeit.“

Er blieb beim Thema Wirtschaft und kritisierte die selbsternannten Wirtschaftsexperten, die den nun beschlossenen ausgeglichenen Haushalt für 2015 als eine Belastung für den Standort und künftige Generationen geißeln und dem Mindestlohn die Schuld geben für eine Konjunkturdelle. Oppermann: „Wer solche Gegensätze aufbaut, der verunglimpft nicht nur die Arbeitnehmer in diesem Land. Der spielt auch Dinge gegeneinander aus, die nur zusammen funktionieren: Unsere Konjunktur funktioniert nur mit einer guten Binnennachfrage, und künftige Investitionen funktionieren nur mit einer soliden Haushaltsführung. Und eine erfolgreiche Wirtschaft funktioniert nur mit sozialer Gerechtigkeit.“

Umbau der Energieversorgung vorantreiben

Oppermann stellte auch klar, dass die Koalition bei dem Ziel bleibe, bis 2020 die CO₂-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Zudem betonte er, dass sie den Umbau der deutschen Energieversorgung vorantreiben werde: Bis 2050 wird 80 Prozent des Stroms aus den erneuerbaren Energien kommen. Konkret sagte er: „Sozialverträglich, bezahlbar, verlässlich: An diesen drei Kriterien hängt die Akzeptanz der Energiewende. Und die bekommen Sie (Die Grünen, Anm. d. Redaktion) eben nicht mit der Brechstange, wenn Sie gleichzeitig aus Atomstrom und Kohlestrom aussteigen wollen“.

Allerdings bleibe es dabei: Die Kraftwerksbetreiber müssen bis 2020 mindestens 22 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen einsparen.



Trotz aller notwendigen Investitionen und internationalen Widrigkeiten ist es der Koalition gelungen, einen Haushalt 2015 ohne neue Schulden aufzustellen. Oppermann lobte das als „historisch“, weil es trotz schlechterer Konjunkturaussichten und ohne soziale Kürzungen gelungen ist. Darüber hinaus werde sogar in Bildung und Infrastruktur investiert. Oppermann: „Das ist eine gute Botschaft für junge Menschen in diesem Land. Wir wollen keine Politik mehr machen zu Lasten künftiger Generationen.“

Deutlich mehr Bürokratie abbauen

Er verwies auf die geplanten Investitionen von 10 Milliarden Euro bis 2018 und lobte die Regierung für diese Planungen. Die SPD-Bundestagsfraktion plädiert dafür, die Mittel zu verwenden für Infrastruktur und Netzausbau, energetische Sanierung, kommunale Investitionen und Städtebau.

Auch in Sachen Bürokratieabbau werde gehandelt. Er wisse um die Belastungen für die Wirtschaft durch unnötige Verwaltung. „Wenn wir irgendwo neue Bürokratie schaffen, müssen wir sie an anderer Stelle abbauen“, sagte er.

Oppermann mahnte an, mehr gegen internationales Steuerdumping zu unternehmen. Denn das „schadet allen Steuerzahlern“ und sei „unerträglich“. Für die SPD-Fraktion sei klar, so ihr Chef: „Wir wollen, dass Gewinne dort versteuert werden, wo sie auch erwirtschaftet werden.“

Wir gestalten die Globalisierung

In dem Zusammenhang ging Oppermann auch auf das Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP genannt, ein. Er betonte: „Eine gute Handelspartnerschaft mit den USA ist eine große Chance für unsere mittelständischen Unternehmen. Entweder die Globalisierung gestaltet uns, oder wir gestalten die Globalisierung.“ Gleichwohl lehnt er Investor-Schiedsverfahren (außerhalb von rechtsstaatlichen Gerichten) ab.

Vor 25 Jahren fiel die Mauer, auf dieses Jubiläum ging Oppermann in seinen Ausführungen ebenfalls ein. Der Aufbau Ost bleibe „eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und auch viele Regionen im Westen Deutschlands brauchen Unterstützung.“

Die SPD-Fraktion sieht auch nach 2019 die Notwendigkeit der Einnahmen aus dem Soli. Es sei eine Frage der Gerechtigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen herzustellen, so Oppermann. Einzelne Länder, die tiefgreifende Strukturwandel durchmachen, dürfe man nicht allein lassen.

Die Kommunen bei den Flüchtlingen unterstützen

Schließlich war es Oppermann ein Anliegen, auf die Entlastung der Kommunen hinzuweisen, etwa bei der Eingliederungshilfe, die der Bund schrittweise mitübernehmen wird.

Die Kommunen haben auch enorme Lasten zu schultern durch die steigenden Flüchtlingszahlen. 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Dazu stellte der Fraktionsvorsitzende fest: „In dieser dramatischen Lage müssen wir unseren Beitrag leisten, damit die Flüchtlinge den nächsten Winter überhaupt überstehen können. Ich bin froh, dass wir in den parlamentarischen Beratungen



die Haushaltsmittel für die zivile Krisenprävention und die humanitäre Hilfe um 313 Millionen Euro aufgestockt haben.“

Auf Deutschland bezogen erläuterte er, dass durch Verbesserungen seitens der Koalition Asylbewerber nun schneller Arbeit finden und Sprachkurse besuchen können. Zudem werde die Residenzpflicht gelockert, und Asylanträge werden schneller bearbeitet.

Das Wichtigste aber sei, „dass wir jetzt auch die Kommunen in die Lage versetzen, die Flüchtlinge gut unterzubringen; denn es darf nicht sein, dass Kommunen mit der Unterbringung von Flüchtlingen aufgrund eines Geldmangels überfordert werden, und es darf nicht sein, dass durch überfüllte Provisorien Ressentiments gegenüber Flüchtlingen geschürt werden“.

Die Regierung verhandelt mit den Bundesländern nun darüber, wie die Kommunen am besten unterstützt werden können. Oppermann: „Mit dieser finanziellen Unterstützung helfen wir aber nicht nur den Kommunen, sondern ermutigen auch die Bürgerinnen und Bürger, die sich in unserem Land für die Flüchtlinge engagieren“. Das sei „praktische Solidarität, gelebte Verantwortung.“

SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich ging in seinem Statement auf die Außenpolitik ein, die Oppermann ebenfalls gestreift hatte. 2014 sei ein schlimmes außenpolitisches Jahr mit all den Kriegen und Konflikten, Ebola und anderen Katastrophen. Es sei wichtig, Dialogforen weiterzuführen und in Europa zusammenzustehen. Er dankte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), der als „Friedensstimme“ eine ausgezeichnete Außenpolitik mache. Mützenich mahnte mehr humanitäre Hilfe für die Menschen in Krisengebieten an und warb um „mehr Mitgefühl“.

GLEICHSTELLUNG

Die Frauenquote kommt – ohne Ausnahmen!

Der Koalitionsausschuss von SPD und Union hat sich Dienstagabend geeinigt, dass die gesetzliche Frauenquote, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ohne Ausnahmen umgesetzt wird.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann drückte in der Generaldebatte am 26. November seine Freude darüber aus, dass es der Großen Koalition am Vorabend gelungen ist, sich über die gesetzliche Frauenquote zu einigen. „Die Frauenquote kommt wie vereinbart und ohne Ausnahmen“, sagte Oppermann. Die Quote sei ein historischer Meilenstein. Damit werde ein gewaltiger Sprung nach vorne gemacht, und es sei „ein starkes Signal an die qualifizierten Frauen“. An die Kritiker gerichtet betonte er, dass Frauen keine Belastung für die Wirtschaft seien, „sondern eine Bereicherung.“

Wochenlang gab es aus den Reihen von CDU und CSU immer wieder Äußerungen, die Frauenquote in Unternehmen fallen zu lassen oder aber Maßnahmen aufzuweichen. Den Sozialdemokraten ist es im Koalitionsausschuss gelungen, hier einen Strich zu ziehen, damit die Frauenquote gemäß des Koalitionsvertrages umgesetzt werden kann.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig und Bundesjustizminister Heiko Maas (beide SPD) werden ihren gemeinsamen Gesetzentwurf am 11. Dezember dem Kabinett vorlegen.



Manuela Schwesig setzt darauf, dass die gesetzliche Frauenquote für große Unternehmen eine gesellschaftliche Veränderung bewirken wird. „Dieses Gesetz ist ein wichtiger Schritt für die Gleichberechtigung, weil es auch einen Kulturwandel in der Arbeitswelt einleiten wird“, sagte die Ministerin im Deutschlandfunk. Heiko Maas sieht kein Problem darin, alle erforderlichen Posten mit Frauen zu besetzen.

SPD-Fraktionsvizin Carola Reimann sagte: „Wer ernsthaft glaubt, dass Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern dem Wirtschaftswachstum schadet, der hat von Wirtschaftspolitik keine Ahnung. Denn genau das Gegenteil ist der Fall!“

Eva Högl, ebenfalls SPD-Fraktionsvizin, stellte klar: „Wir haben als Gesetzgeber durch das Grundgesetz den Handlungsauftrag, tatsächliche Gleichberechtigung herzustellen. Eigentlich ist das natürlich Aufgabe der Wirtschaft. Das hat nachweislich nicht funktioniert.“

Was soll die Frauenquote regeln?

Auch wenn im Grundgesetz die Gleichberechtigung von Frauen und Männern festgeschrieben ist, sind Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft immer noch Mangelware, obwohl sie hoch qualifiziert sind. Die Frauenquote ist der SPD-Fraktion seit Jahren ein Herzensanliegen, dazu hat sie in den Koalitionsverhandlungen mit der Union einen Kompromiss vereinbart.

Eine gesetzliche Frauenquote von 30 Prozent in Aufsichtsräten soll für mehr als hundert große börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen von 2016 an gelten. Wenn die Unternehmen die Aufsichtsratssitze nicht in der entsprechenden Anzahl mit Frauen besetzen, müssen die Stühle leer bleiben und dürfen nicht mit Männern besetzt werden.

Die von der Union geforderten Ausnahmen wird es nicht geben. Weitere rund 3500 mitbestimmungspflichtige und börsennotierte Unternehmen sollen sich selbst eine verbindliche Quote setzen, um den Frauenanteil in Führungsposition zu erhöhen. Dazu sollen sie Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, im Vorstand und im obersten Management festlegen, veröffentlichen und erste Ziele innerhalb der laufenden Legislaturperiode erreichen. Geplant ist außerdem, die Frauenquote im öffentlichen Bereich einzuführen.

UMWELT

Gefährliches Fracking wird verboten

Fracking verunsichert große Teile der Bevölkerung. Dazu tragen vor allem Bilder aus den USA und Kanada bei, die über Fernsehbeiträge auch in Deutschland verbreitet werden. Auch wenn mittlerweile erwiesen ist, dass die Bilder nicht der Wahrheit entsprechen, bleiben die Ängste in der Bevölkerung oft bestehen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion haben der Schutz von Gesundheit, Trinkwasser und der Umwelt oberste Priorität.

Nun haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie das Bundesumweltministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das so genannte unkonventionelle Fracking in Deutschland verbieten soll. Zudem soll die konventionelle Erdgasgewinnung, wie sie seit mehr als 40 Jahren in Deutschland – vor allem in Niedersachsen – stattfindet, härter reguliert werden. Außerdem soll unter



strengen Vorgaben die Erforschung möglich sein. Falls das unkonventionelle Fracking ohne Bedrohung für Mensch und Umwelt durchzuführen ist, können die Bundesländer nach einer Beurteilung durch eine wissenschaftliche Kommission von 2019 an kommerzielles Fracking zulassen. Aber sie müssen es auch nicht tun.

Der vorgelegte Gesetzentwurf schafft im internationalen Vergleich mit die schärfsten Regelungen zum Fracking. Augenblicklich wird der Entwurf mit weiteren Bundesministerien abgestimmt. Er soll Anfang kommenden Jahres vom Kabinett verabschiedet und im Anschluss vom Parlament beraten werden.

Unter der URL <http://www.spdfraktion.de/themen/gef%C3%A4hrliches-fracking-wird-verboden> wird auf der Fraktionswebsite anhand von Fragen und Antworten erläutert, worum es beim Fracking im Allgemeinen geht, und was durch den Gesetzentwurf wie geregelt werden soll.